

Wirtschaftliche



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit
Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe angeführt.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Barnhard Varasov.
Redakteur (im Amt): Handeltst. Carl Hirsch, Berlin, Ullstein.
Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegend.

Schriftleitung: Berlin SW68, Kochstraße 22-26

Verlagsdruck: Zentrale Ullstein, Am Dönhofs 3600-3603,
für den Verlagsort Am Dönhofs 3600-3603. Telegramm-
Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postbezeichnung Berlin 600.

Ginowjew gestürzt

Die Opposition in Moskau

Nachrichtendienst der „Wirtschaftlichen Zeitung“

Die Wähler veröffentlichten Beschlüsse des Plenums des Zentralkomitees der kommunistischen Partei. Wie aus der Veröffentlichung hervorgeht, befindet sich die Partei in erster Reihe mit den oppositionellen Elementen, jedoch mit wirtschaftlichen Fragen, insbesondere mit der Getreidekampagne und dem Wohnungsbau. Die offizielle Ausgabung der Partei spricht ziemlich offen über die Lage, die sich gebildet hat.

Daraus geht hervor, daß Ginowjew, nachdem er im vorigen Parteitag niedergerufen worden ist, seine oppositionelle Tätigkeit fortgesetzt hat und daß er sogar Partei gegangen ist, innerhalb der Partei illegale Fraktionen zu bilden, die mit Hilfe von Chiffren, Verschwörungsgesellschaften, Versammlungen und Kurieren gearbeitet haben. Für diese Tätigkeit mußte Ginowjew auch den Apparat der kommunistischen Internationale aus. Die Opposition verbreitete unter den Parteiorganisationen sogar geheime Dokumente der Partei. Eine Fraktionstätigkeit fand im Geheimen in einem Waide bei Moskau statt. Der Oberbefehl hatte Zutritt, die Versammlung wurde durch Patrouillen gesichert. In dieser Versammlung hielt der Stellvertreter des Präsidenten des Kriegesrevolutionärs, Laskowitsch, eine scharfe Rede gegen die Parteimehrheit.

Die Resolution des Zentralkomitees vermerkt auch, daß die übrigen oppositionellen Organismen unter dem Einfluß der Ginowjew-Gruppe eine erhöhte Tätigkeit ausüben begonnen haben, und daß einzelne Teile dieser Gruppe so weit gingen, daß sie die Qualifikation der Komintern und der Gewerkschafts-Internationale verlangten. Mit einem Wort: Die Resolution des Zentralkomitees schildert in Bezug auf die Lage in der Partei eine ernste oppositionelle Tätigkeit, die dieses Amt sehr weit geht und die besondere Maßnahmen erfordert.

Demzufolge beschloß das Zentralkomitee, Ginowjew aus der höchsten Spitze der Partei, dem Politbüro, zu entfernen und an seine Stelle den Zentralkommissar für Parteiverfahren Rubstafel zu wählen. Gleichzeitig wird Ginowjew auch aus der russischen Delegation in den Komintern entfernt und verliert somit seine Stellung in der kommunistischen Internationale.

Selbstverständlich wird von seinem militärischen Posten entlassen und es wird ihm auch Jahre lang verboten, eine verantwortliche Stellung innerhalb der Partei zu bekleiden. Gleichzeitig wird er seiner Stellung als Erlassmann des Zentralkomitees für verfallig erklärt. Die übrigen Mitglieder der Opposition Ginowjews kommen mit strengen Verurteilungen davon. Gegenwärtig heißt also das politische Büro aus folgenden Mitgliedern: Stalin, Wladiw, Bubarin, Tomski, Kollontaj, Mikulow, Budagow und Trotski.

Die jetzt publizierten Beschlüsse der Partei geben schon einige Lage Licht auf achtenden Gewissen. So wurde bekannt, daß neben der Opposition Ginowjews auch oppositionelle Organisationen unter der Leitung Sokolnikows und Trotskis vorhanden sind und daß diese oppositionellen Grundelemente sowie die radikalsten kleineren Gruppen sich zu einer gemeinsamen Front im Plenum gegen die regierende Mehrheit zusammenschließen haben. Über diesen angeblichen Vorgang bringt die Parteiresolution nichts, denn wie die Namen Trotski und Sokolnikow die nicht erwähnt werden. Im Zusammenhang mit dem Sturz des Zentralkomitees sind wichtige Veränderungen in der Zeitung einiger Staatsämter zu erwarten.

Die „Pravda“ gegen Polen

Nachrichtendienst der „Wirtschaftlichen Zeitung“

In höchsten politischen Kreisen dauert die Nervosität im Zusammenhang mit den Verhandlungen über eine provisorische agreement Tätigkeit Polens in dieser Situation an. Sie findet ihren Ausdruck im geschriebenen Text der „Pravda“, der die Rede des polnischen Außenministers kommentiert. Das Blatt erklärt direkt, daß es den stichbildenden

Veränderungen des polnischen Außenministers mit Mikulowen gegenüberstehe und ihr nicht glaube. Jeder Außenminister vertritt die Friedensliebe seines Staates, aber Jankowski habe die nicht nur in der ausländischen sondern auch in der polnischen Presse verbreiteten Nachrichten über die Konzentrierung von regulären bewaffneten Organisationen an der polnisch-litauischen

Abkehr Amerikas von Europa

Die Wirkung der „Gyulod“-Kampagne

Nachrichtendienst der „Wirtschaftlichen Zeitung“

wach New York, 26. Juli

Wenn die anti-amerikanische agitation in Europa, die in der englischen Schuldenkontroverse mit Amerika und der anti-amerikanischen Demonstrationen in Frankreich zum Ausdruck kommt, das offizielle Amerika einwirken auch scheinbar fest lassen, so ist doch nicht zu verkennen, daß die öffentliche Meinung dieses der Atlantischen Ozeans allmählich ansetzt, auf die bauernden Beschäftigten zu wirken. Die Aufforderung des Senators Reed (Republikaner) an die amerikanischen Stellen, Frankreich auf sechs Monate fernzuerhalten, darf zwar nicht überhöht werden, denn Reed-Konventionen ist nicht zu verwechseln mit dem einsprachigen Reed aus Missouri. Seine Stimme wiegt also nicht allzu schwer.

Ammerlin deutet sie sich mit der Meinung weiter Kreise. Die uninteressiertere Haltung gegenüber Europa, die immer schon weit verbreitet war, nimmt mit jeder Wendung über anti-amerikanische Ausdrucksformen zu und die Zeitungen, die die Zeitungen Amerikas an der Lösung der europäischen Probleme wünschen, werden es immer schwerer, ihre Stellung zu verteidigen. Die letzten Wochen, Frankreich zu entscheiden, sind sie jetzt noch so weit gegangen, die Pariser Lärchen, auf Anweisung deutscher Propagandisten und „Evangelisten“, zurückzuführen die an der Teilung der anti-amerikanischen Beziehungen und an der Umleitung des amerikanischen Verkehrs nach Deutschland Interesse hätten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die letzten zwei Wochen Amerikas zum Wege zur Teilnahme an europäischen Dingen weiter abgedrängt haben, als alle sonstigen Ereignisse seit Friedensbeginn. Demgegenüber darf es auch nicht unterbleiben, wenn jetzt die Stimmen lauter werden, die den Abbruch der Verkehrshandlungen über die Abklärung verlangen, die weiter Amerika haben, allein den eigenen Interessen sich zu widmen, und die als ersten Schritt die Zurücknahme der amerikanischen Bereitwilligkeitserklärung zum Beitritt zum Haager Weltgerichtshof ansehen würden.

Johann (Kulmburg) überab beispielsweise heute der Presse eine Erklärung, worin es heißt: „Die Vereinigten Staaten sind

Boinacé morgen vor der Kammer

Das neue Finanzprogramm

Nachrichtendienst der „Wirtschaftlichen Zeitung“

ist Paris, 26. Juli

Boinacé, der methodische Arbeit liebt, hat bereits seinen Arbeitsplan in allen Details mit fehrplanmäßiger Genauigkeit aufgestellt. Die beiden Schwestertöchter vom Finanz- und Sonnen haben eben einen ersten Ausblick über die durch die Situation gebotenen dringlichen Maßnahmen gegeben. Durch den Ministerertrag von morgen vormittag soll die Regierungserklärung ihre verbindliche Fassung erhalten. Am Nachmittag wird Boinacé sein Ministerium der Kammer und dem Senat präsentieren und unter Stellung der Vertrauensfrage die Vertagung der Diskussion über die eingehenden Interpellationen verlangen. Am unmittelbaren Antritt haben wird er die ersten Finanzvorlagen einbringen und für ihre Beratung die Dringlichkeit beantragen. Mittwoch und Donnerstag stellt der Finanzkommission referiert,

Ergebnis nicht demeritet. Die Gefahr eines Ueberfallens und die Inszenierung eines Aufstandes in Situations bliebe auch wie vor bestehen.

Auch der Teil der Rede, der dem Garantiepakt in Nord- und Europa gerichtet ist, erregt das Mißfallen des Blattes. Man mag die Rede richtig verstehen, so weigerte sich Polen, mit der Garantieunion über einen Garantiepakt zu sprechen, solange die baltischen Staaten nicht in ihn eingeschlossen würden und damit die Hegemonie Polens über das Baltikum anerkannt werde.

Das Blatt fragt zum Schluß Leitend, ob es denn trotz der für kein Gebiet bestehenden Gefahr weiter mit Polen im Geheimen freundschaftlich über die Abwehr der „roten Gefahr“ verhandeln wolle.

der Gefahr, Verlust und Schluß zu sein, werden schritt und verdrängt von allen, weil sie versuchen, die Schulden teilweise einzutreiben. Trotzdem gibt es Amerikaner, die so blind, schwach und schlaff sind, daß sie diesen verhassten Gläubigern in den Weltgerichtshof bringen möchten, der von den höhergestellten Schuldnern beherzigt wird. Demgegenüber darf es für uns nur eines geben, nämlich ohne Verzögerung unsere Beitrittsgesuche zurückzuschieben.“

Bemerkenswert für den Ton, den die franzosenfreundliche Presse den Ereignissen in Frankreich gegenüber einhält, ist der Zeitungsartikel der „New York Times“, der sich in längeren Ausführungen mit der französischen Krise befaßt, daß Frankreich zwar begehrt wolle, aber dies nicht mit der Aufgabe seiner Freiheit, Demgegenüber weisen „Times“, indem sie den Franzosen günstig zureden, darauf hin, daß Deutschland, ohgleich es vor der Annahme des Dawes-Planes ähnliche Einwendungen und Bedenken geltend gemacht habe, ihn doch schließlich angenommen habe, weil es sich der Wohlthaten einer Stabilisierung der Hart erstreuten Amerikas an der Lösung der europäischen Probleme bewußt war. Auch Frankreich würde sich nun, ähnlich zu handeln und seine Verpflichtungen aus dem Schuldenschatz zu verweigern und sich auch auf die augenblicklichen Vorteile der Stabilisierung und einer gemeinsamen amerikanischen Politik zu konzentrieren, denn niemand weiß, wie sich im Laufe der Zeit die Frage des Schuldenschatzes entwickeln werde.“ Zudem sei aber, daß, wenn das derzeitige Chaos andauert, für das französische Wirtschaftssystem die schwersten Gefahren bestehen, die durch die Kapitalisierung des Schuldenschatzes völlig befristet werden würden.

Auch der Auffassung, der von der Bank Kredit erhält, betradacht sich nur als Raummann und nicht als Eltave seines Vaters. Daher darf sich auch ein Wort, das mit Hilfe fremder Anleihen seine finanziellen und wirtschaftlichen Gelandung erhebt, sich „Dieser ist ein „Globe“ zu nennen. „Deutschland und nunmehr auch Frankreich haben in ihren Beziehungen den Ausbruch Moskaus aufgenommen, das das verfallene Europa hinter den Gleichgewichts des amerikanischen Kapitals und Imperialismus gepannt ist. Dabei ist es nur zu bemerken, daß Moskau für sich selbst eine Dosis dieser amerikanischen Eltaverie befristet. Als Gegenpart für fremde Anleihen würde Moskau zu mancherlei Ereignissen.“

und bereits am Freitag soll die erste Lesung im Plenum beginnen. Bis 8. August muß alles fertig sein, da Boinacé zu diesem Termin Kammer und Senat in die Ferien zu schicken beabsichtigt, um dann bis zum Herbst reich hand zu haben.

Über die Gehaltswerte, die Boinacé morgen der Kammer zu unterbreiten beabsichtigt, werden vom Finanzministerium heute mitting eine Reihe von Spekulationen geübt. Danach hat sich auf die Gehälter der indirekten Steuern das neue Ministerium bereits im Hinblick auf die bevorstehende Verabschiedung des Abgeordneten als bereits im Einklang mit dem Gehaltswert des letzten Ministeres zu eigen gemacht. Aus der Berücksichtigung des letzten Gehaltswertes von 20 v. H. sollen bis zum Ende des laufenden Jahres 600 Millionen, aus einer Aufhebung der Verbrauchssteuern an das geltende Preisniveau 1500 Millionen, aus der Erhöhung der Rekrutierung des Zolltariffs 400 Millionen erzielt werden. Insgesamt rechnet man für die fünf Monate bis zum Ende des Jahres auf eine Mehrertragssumme von 2,5 Milliarden.

Die Wirtschaftspartei will ein Programm haben

Sonderdienst der „Völkischen Zeitung“

München, 26. Juli

Die Wirtschaftspartei der Deutschen Reichstages, bekannt unter dem Namen „Wirtschaftspartei“, eröffnete gestern in der hiesigen Stadthalle ihren 6. Parteitag, der dadurch eine erhöhte Bedeutung gewinnt, daß die Parteiverammlung endlich den Zeitpunkt gefunden erachtet, der Öffentlichkeit ein Parteiprogramm vorzulegen, das an Stelle der bisherigen Richtungslosigkeit treten soll.

Der Darlegung dieses Programms in großen Zügen sollte die Eröffnungssitzung des Parteitages mit zwei Reden der Reichstagsabgeordneten Drelich und Wolf Vredt dienen. Wie aber gefolgt hatte, bei dieser Gelegenheit wies die erste wichtige Auseinandersetzung der Parteimitglieder mit dem entscheidenden Problem an, wobei wieder tritt eintrat.

Dr. Drelich verurteilte den wirtschaftlichen Teil des Programms zu verschiedenen. Seine These von der Wirtschaftspartei, bei der die Mehrzahl der Bürger dem Staate gegenüber „wirtschaftlich unabhängig“ sein müßte, mutet als ein bloßes Gemisch von individualistischen und mandatorischen Theorien an. Wirtschaftlich unabhängig sein eine harte Forderung des „heutigen Staatssozialismus“, worunter noch wirtschaftsparteilicher Auffassung jede Befähigung mit der sozialen Frage zu verstehen ist. Daß für die Bewahmung in den Reihen der Wirtschaftspartei die Aufhebung jeden „Mittelstandes“ als Voraussetzung für die Lösung der wirtsch. Wirtschaft gestreift wurde, bedarf fast besonderer Betonung.

Abgeordneter Vredt lehnte den verfassungsrechtlich diskutierten Zusammenschluß der Wirtschaftspartei für seine Gruppe ab, meinte aber dann, daß er doch gegen die Wirtschaftspartei als Reim eines „Wirtschaftsvereins“ ansetze. Die Wirtschaftspartei sollte sich loslösen als Verhandlungsorgan, wenn es nicht werden oder „Reformen“ verlangt, die durch die Ausschaltung des parlamentarischen Regierungssystems die Grundbausteine von Weimar völlig zerstören würden. Die Forderung wird Dr. Vredt dadurch lösen, daß die schwarz-weiß-rote Doppellegation „mit den anderen Farben in der Ecke“ zur deutschen Fahne erklärt, daß von ihr in der Verfassung in sich die Rede sei. Die Forderung ist jedoch programmatisch, wenn sie auf den Schluß geföhrt werden soll, daß die Wirtschaftspartei in der Deutschen Mitteleuropas und der bündnislos Deutsch-Osterröcher, eine Forderung, die die deutsche Demokratie nicht erheben und tatsächlich vertreten hat, als von einer Wirtschaftspartei noch keine Rede war.

In der heutigen Sitzung wurde das Programm ohne Debatte ohne Annahme angenommen.

An den Reichstagsminister wurde das nachfolgende Telegramm geschickt: „Die Wirtschaftspartei der deutschen Mittelstandes vereint Mittelständler stellen mit Entzifferung fest, daß die von dem Herrn Reichsfinanzminister vorgenommene Senkung der Steuern unzulässig gemindert wird durch das Verhalten der Finanzämter, welche unzulässig Umlagen und Einkommen höher festsetzen. Wir für vollständig frei. Der heutige Mittelstand fordert demgegenüber mit allem Nachdruck Erneuerung seiner Durchführung und ein Einverständnis gegen das Erhalten der Finanzämter.“

Die Nachprüfung durch den Gemeindefusschuss

Nachrichtendienst der „Völkischen Zeitung“

München, 26. Juli

Der Fall Schmelzer hat bekanntlich in der Öffentlichkeit große Erregung hervorgerufen. Die Staatsregierung übergibt jetzt der Presse eine längere nichtöffentliche Darstellung in der sie sich dagegen verwehrt, daß man die Öffentlichkeit das Verdict annehme und gegen das aus drei Verurteilten bestehende Verdict in demselben Vermerk erhebe, es habe keinen Platz auf ein Einverständnis des Justizministeriums geföhrt.

Anschließend ist es, daß die Staatsregierung das Justizministerium gegen das auch in jüngster Zeit in diesem Zusammenhang scharfe Formel erheben würde, mit keinem Wort zu bestätigen sucht. Zum Schluß heißt es in der Erklärung: „Die bayerischen Gerichte erörtern weiter für noch gegen den Gemeindefusschuss. Sie haben aus der Untersuchung nicht zu befriedigenden Urteile die Möglichkeit, daß noch Mitglied des getätigten Verfahrens gegen Schmelzer durch den Gemeindefusschuss die Urteile über das Verhalten einsehen kann, müßte ihnen objektive Beurteilung davon ableiten, vorzüglich zu der Behandlung des Falles durch die Justizbehörden Stellung zu nehmen.“

Der Fall Boldt

Nachrichtendienst der „Völkischen Zeitung“

Hamburg, 26. Juli

Oberleutnant a. S. a. D. Boldt, der im Jahre 1921 von der Reichsregierung aus dem Dienst entlassen wurde, weil er als Wachposten einer Unteroffizierskaserne der Verlesung eines britischen Jagdflugzeuges beteiligt war, jedoch im November 1921 aus dem Hamburger Seemannsamt entlassen wurde, hat es erachtet, daß das Reichsgericht sich seinem Antrag auf Wiederannahme des Seemannsamt Mitgliedschaft hat. Der Reichsgericht hat insofern entschieden, daß die Verlesung dem Seemannsamt angeordnet und die Hamburger Justizbehörde den gegen Boldt festgesetzten erlassenen Strafbefehl aufgehoben.

Bestehen Sozialreform

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Bann, unter dem Namen dieser Woche eine Orientierungsgespräch an die Öffentlichkeit, um sich über die Probleme der Volksernährung zu unterrichten. Anschließend werden Dr. Bann eine neue Forderung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, auf der biologische Untersuchungen und fänge zu wissenschaftlichen Zwecken vorgenommen wurden.

Der Reichsjustizminister erklärt

Dr. Reich, der jüngst die Geschichte des Reichsjustizministeriums überkommen hat, äußerte sich vor Vertretern der Presse über seine Aufgaben und Absichten:

Die Lebensbedingten Erörterungen, die in den Parlamenten und in der breiten Öffentlichkeit über die Handhabung der Strafvollzug, insbesondere der politischen Prozesse, stattgefunden haben, bilden für die Reichsjustizverwaltung einen Gegenstand gelungener Aufmerksamkeit und erheblicher Sorge. Die immer wieder vorgebrachten Klagen gehen dahin, daß die deutschen Richter in politischen Prozessen nicht mit gleichen Wägen messen. Das alte gute Formel in dieser Verwaltungsarbeit wird untergraben. Schon in meiner Eigenschaft als Abgeordneter und als langjähriger Mitglied des Reichsausschusses habe auch ich vielfach Gelegenheit gehabt, einzelne richterliche Fehler zu kennen zu lernen und sie mit der sachlichen Größe vor der Öffentlichkeit zu kennzeichnen. Die solchen Entstellungen gegenüber geboten ist. Dieses Recht zur Kritik wird als Reichsminister der Justiz selbstverständlich weiterhin ausüben. Oben die sachliche Einstellung zur Sache ist nicht mit einer andererseits auch das Recht zu betonen, daß es sich bei den erwähnten Fehlern um Einzelsicherungen handelt, und daß es gegenüber der Gesamtheit des Richterstandes ein schweres Unrecht wäre, wenn man diese Einzelsicherungen verallgemeinern wollte.

Es ist selbstverständlich, daß der Richter, der dazu berufen ist, das Recht des Staates in allen Fällen durchzusetzen, vor anderen verpflichtet ist, den Satz, dessen Inhalt er prüft, anzuerkennen und zu erklären. Die Pflicht der Richter zu verfassungstreuer Amtsausübung ist andererseits ebenso selbstverständlich ein Gewissensgesetz nicht verbunden; auch der Richter hat das Recht der freien Meinungsäußerung innerhalb der durch die Verfassung und seine Meinungsäußerung innerhalb der durch die Verfassung und seine Meinungsäußerung gegebenen Grenzen. Darüber hinaus steht der Richter in keinem Amt unter dem besonderen Schutz der Verfassung, die die Unabhängigkeit seines Amtes gewährleistet. Diese richterliche Unabhängigkeit ist ein selbständiges Recht unter anderen Rechten, an dem nicht getrübt werden darf. Es wird meine besondere Aufgabe sein, an der Wahrung der Vertrauenswürdigkeit, in der die deutsche Richterstands im Augenblick steht, nach besten Kräften mitzuwirken und dafür zu sorgen, daß dem Staate gegeben wird, was des Staates ist, daß aber dem Richter nicht genommen wird, was des Richters ist. Dabei handelt es sich um eine Sache, die nicht im Bereich des Justiz, bei meinem erstlichen Reden, das Vertrauen breiterer Volksschichten in unsere Rechtsprechung zu festigen, rechte ich bestimmt auf die richterliche Unabhängigkeit durch den gesamten deutschen Richterstand, auf die Integrität und Stoisenswürdigkeit aller seiner Mitglieder.

Die Angriffe gegen die Rechtsprechung haben übrigens in vielen Fällen ihren Grund nicht in der Art der Anwendung des Gesetzes, sondern im Gesetz selbst. Das gilt besonders für das Strafrecht. Das geltende Strafgesetz stammt aus dem Jahre 1871. Das es in vieler Hinsicht erneuerungsbefähigt ist, steht fest. Die Strafrechtsreform, deren Durchführung gegenwärtig eine besonders wichtige Aufgabe des Reichsjustizministeriums bildet, ist in diesem Sinne. Es ist Ihnen bekannt, daß der Entwurf eines neuen Strafrechts, dessen Durchführung die Schwierigkeit des Stoffes und die Fülle der auszulösenden Gegensätze haben dazu geführt, daß die Vorbereitung der Rechtsberatungen durch die Länder verhältnismäßig lange Zeit in Anspruch genommen hat. Im Oktober werden die Beratungen der beteiligten Ausschüsse des Reichstages beginnen. Die Rechtsprechung wird also nun, was in Ihren Kreisen steht, um einen solchen Fortschritt der Arbeiten zu gewährleisten. Im Hinblick auf den Entwurf wird sich auch die Öffentlichkeit finden, die Frage des Ehrenfußes und seiner Bekleidung von

Grund und in Angriff zu nehmen. Dabei wird zu prüfen sein, ob nicht auf dem Boden des bürgerlichen Rechts die Abhilfe der bestehenden Mängel erreicht werden kann.

Was die Reform des materiellen Strafrechts ist eine Revision des Strafrechts im weitesten Sinne zu verstehen. Das Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch wird die erforderlichen Änderungen bringen. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Neuordnung der Unterjurisdiktion. Es ist anzunehmen, daß die Revision sich mit einem Ausmaß auf diesem Gebiet schon vor der allgemeinen Reform befähigen wird; es handelt sich dabei um die Einführung einer einheitlichen Verhandlung über die Maßregeln der Besserung und Sicherung des Strafrechts. An sich ist es allerdings erwünscht, daß in Interesse einer organischen Neuordnung des Strafrechts auch diese Probleme im Rahmen der großen Reform behandelt wird und daß eine Neuordnung des Strafrechts auch auf diesem Gebiet unterlieht.

Was wichtiger ist ist die Ergänzung des materiellen Strafrechts durch ein Strafvollzugsgesetz. Diese Aufgabe wird sein, die Reformen der Strafvollzugsverwaltung und so aus dem Gefängnis ein neues Gesicht zu geben, so machen. Dem dient in erster Linie die arbeitsfähige Freilassung des Strafvollzugs. Wir hoffen, mit dieser Vollzugsreform zwar nicht ein Mittelmaß, aber aber ein höheres Lebensmittel zur Besserung des Strafvollzugs in der Ordnung der menschlichen Welt gefunden zu haben. Das Strafvollzugsgesetz ist im Wesentlichen bereits vorhanden und wird nach der Sommerpause dem Reichstag vorgelegt werden.

Was befähigt der Reform ist der Strafvollzugsreform nicht erlaubt ist die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Gestaltung des neuen Strafrechts wird auch im weiteren Verlauf der Reform freigelegt bleiben.

Von anderen Arbeiten, die das Ministerium befähigen, will ich den bedeutendsten Gelegenheit über die Rechtsstellung von nicht bürgerlichen Personen, unter dem Namen des Kontinents, die sogenannte Vergleichsordnung, die bereits dem Reichsausschuss des Reichstages überreicht ist. Ich erwähne ferner die vielumtönte Frage der Einführung eines Registerbuchs, endlich die großen Fragen, die mit der derzeit noch vorgeschrittenen Zivilprozessreform verbunden sind. Allen Interessen an der Wahrung des materiellen Rechts ist es in zahlreichen Fällen zum Inhalt der Beratung. Ich brauche daher nicht zu betonen, daß die allgemeine Revision der Gesetze des gewerblichen Rechts, die in Verbindung mit den Arbeiten zur Inkraftsetzung der Saenger Abkommen von 1920 stattfinden wird, ebenso wie dem Reichsamt selbst meine besondere Aufmerksamkeit widmen werde; das gleiche gilt von der Revision zur Wahrung des bürgerlichen Rechts.

Reform sind die Bestimmungen über eine Reform des Aktienrechts. Die Neuorganisation verlohnt die Erörterung dieses Problems mit besonderem Interesse. Auf der Deutsche Juristen, der im September in Köln tagt, wird sich mit diesem Gegenstand befähigen. Man darf hoffen, daß die Verhandlungen zu einer weiteren Klärung des Problems beitragen werden.

Die zur Durchführung des Aufwärtsgesetzes erforderlichen Bestimmungen sind im Entwurf, außer einer Verordnung, welche die Durchführung der Aufwärtsgesetzes Obligationen öffentlich rechtlich festzulegen ist, unter anderem wirtschaftliche Betriebe regeln soll, sich im wesentlichen nur nach die abschließende Regelung der Durchführung der Handelsregister, die auf entsprechende Verordnung, die die Ausgabe von Goldanleihen im Rahmen der Handelsregisterausstellung sowie die Mobilisierung von Aufwärtsgesetzes durch die Umwandlung von Goldanleihen festzulegen soll, wird, wie ich hoffe, in Kürze erlassen werden.

Krankentagg in Düsseldorf

Nachrichtendienst der „Völkischen Zeitung“

Düsseldorf, 26. Juli

In der 20. Jahresversammlung des Hauptvereins der 20. württembergischen Krankentagg, hatten sich mehrere Tausend Vertreter aus dem Reich sowie Gäste aus dem Rheinland, Ostpreußen, der Schweiz, Polen und der Tschechoslowakei eingefunden. Die beteiligten Reichs- und Staatsbehörden waren vertreten, ebenso das Internationale Arbeitsamt in Genf. Als Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Bann, der Abgeordneter Dr. Wolfes die Eröffnungsvorrede neben der politischen Partei, den Gewerkschaften und den Berufsständen als die vier Säule der Arbeitserneuerung.

Nach dem Gedächtnisbericht des Geschäftsführers Schmann, Berlin, sind von den 110 Millionen Mitgliedern der Krankentagg 100 Millionen im Durchschnitt versichert. Die Zahl der Mitglieder ist in den letzten Jahren nicht mehr gestiegen. Das Verhältnis zwischen Krankentagg und Versicherten sollte nach zu wünschen übrig, obwohl die 40 Millionen im Reich versicherten Mitglieder der Krankentagg tätig ist. Von wesentlicher Bedeutung für die Krankentagg ist auch die Erwerbslosenversicherung. Eine mongelhafte Erwerbslosenversicherung bedeutete erhöhte Aufwendungen der Krankentagg. Die Entlastung der Krankentagg durch die Erwerbslosenversicherung ist ein wichtiger Bestandteil der weiteren Ausbau unserer Sozialversicherung.

Ausbau des Stettiner Hafens

Die sozialdemokratische Fraktion und die Arbeitgemeinschaft der Deutschen und Deutschen Volkspartei haben jetzt genehmigt, daß die Reichsregierung einen Antrag einbringt, wonach die Regierung unverzüglich noch in diesem Jahr um 2 Millionen Mark als erste Rate zum Ausbau, besonders zur Vertiefung des Stettiner Hafens zur Verfügung stellen soll. Betreuer 2 Millionen sollen in der ersten

Welle die nächsten Entschlüsse hermitigt werden, um auf diese Weise die in Arbeit befindliche Vertiefung der für Frauen und gemünde wichtigen Schiffahrtstraße Stettin-Eutin-Eutin um 2 Meilen nicht aussetzen zu können.

Ein Arzt auf dieser Ebene. Vor dem erweiterten Schöffengericht Schöneberg hatte sich der praktische Arzt Dr. A. Ringmann wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten. Die Verhandlung ergab ein tragisches Ergebnis. Der junge Arzt, der aus der Provinz nach Berlin gekommen war, hatte sich in der Verhandlung des Großhändlerbesitzers geföhrt und war ein fahrlässiger Tötung von Katalinischen. Es kommt gegen ihn auch noch ein Befehl von dem Reichsamt gegen das Opiumgesetz, da er an diesen unethischen Vermögensgegenständen Katalinischen an die dort verkehrende Menge des Reichsamt hatte 2000 Mark in die Hand gegeben. Der Richter ist noch nicht zum Abschluß gekommen, da die Verhandlung bereits wiederholt unterbrochen wurde. In dem zur Beurteilung liegenden Verfahren hatte Ringmann an Postentwurf Klage gegen das Reichsamt erhoben. Ringmann. Ein Schöffengericht aus der Ordnung von Eutin war nun im fahrlässigen Tötung worden, daß es an fahrlässiger Tötung erkrankt und daß darauf steht. Von den ärztlichen Sonderbefehlen wurde erklärt, daß der Angeklagte das Reichsamt hätte sich von ärztlichen Informationen bei der Entscheidung hatte 2000 Mark in die Hand gegeben. Das Schöffengericht billigt dem Angeklagten jedoch mit erheblichen Pflichten zu und verurteilt ihn zu einer Fülle von 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust.

Ein Opfer des weißen Todes. Zwei Wiener, Robert Kraft und Dr. Josef Pils, und zwei Deutsche, Hans Fischer und Hans Pils, sind nach dem Tode von Pils in Wien am 26. Juli im Großpark in Eutin erkrankt. Die Leichen wurden geborgen.

Zigaretten für Erwerbslose. Die Reichs-Zigarettenfabrik läßt im Laufe dieser Woche an alle erwerbslosen männlichen Unterhaltungsangehörigen ein Päckchen mit zehn Zigaretten und ein Päckchen mit zehn Zigaretten und ein Päckchen mit zehn Zigaretten, haben die Reichs-Zigarettenfabrik der Stadt Berlin die Verteilung der Zigaretten übernommen. Es werden etwa zwei Millionen Zigaretten abgegeben werden.

